

Herrn  
amtsführenden Stadtrat  
der Geschäftsgruppe  
Bildung, Jugend, Integration und Transparenz  
Vizebürgermeister  
Christoph Wiederkehr, MA

**Beschluss-(Resolutions-)Antrag**

der Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA (FPÖ) und Stefan Berger (FPÖ) an Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Integration und Transparenz Vizebürgermeister Christoph Wiederkehr, MA zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Bildung, Jugend, Integration und Transparenz) für den Gemeinderat am 27.11.2023 - 28.11.2023.

**Kopftuchverbot für Lehrerinnen und sonstiges Personal öffentlicher und nichtöffentlicher Bildungseinrichtungen**

Der Politische Islam ist eine der größten Gefahren unserer Zeit. Die Ausbreitung des Politischen Islams brachte weltweit Tod, Zerstörung und Rückschritt. Er steht in diametralem Widerspruch zu einer aufgeklärten, offenen Gesellschaft, somit in fundamentaler Opposition zu unserer westlichen Gesellschaft und Lebensart. Der vom Politischen Islam propagierte Geltungsanspruch manifestiert sich insbesondere in seinen Symbolen. Das Kopftuch ist ein solches Symbol des politischen Islams - in ihm manifestiert sich insbesondere die Unterdrückung der Frau. Trotzdem ist in Wien das Tragen von Kopftüchern in öffentlichen Einrichtungen noch gang und gäbe. Nicht zuletzt aufgrund der verfehlten Integrationspolitik der Wiener Stadtregierung ist vermehrt zu beobachten, dass diese - an sich bereits weitgehend überwundene - Geschlechterdiskriminierung durch den immer größer werdenden Anteil moslemischer Einwohner eine Renaissance erlebt.

Im September letzten Jahres wurde die 22-jährigen Mahsa Amini in Teheran von der Sitten- und Religionspolizei aufgrund ihres „unislamischen“ Outfits, sie trug das Kopftuch nicht wie vorgeschrieben, festgenommen und wurde in der Folge ermordet. Während nunmehr dieser couragierten jungen Frau in Wien-Donaustadt eine Verkehrsfläche gewidmet wird, um ihrer heldenhaften Haltung für die Freiheitsrechte der Frauen in der islamischen Welt zu gedenken, wirkt es geradezu

schizophren an, dass die Gemeinde Wien im gleichen Atemzug den politischen Islam in Wien nicht nur hofiert, sondern auch großzügigst alimentiert.

Nicht-moslemische Mädchen sind bereits Mobbing und Ausgrenzung ausgesetzt, weil sie sich nicht dem propagierten Kleidungsideal gemäß anziehen (Stichwort „Generation haram“). Öffentliche Bildungseinrichtungen müssen für junge Mädchen einen Hort der Aufklärung darstellen, wo ein Symbol perpetuierter Frauenunterdrückung keinen Platz hat. Es ist daher Aufgabe der Stadt Wien, allen Kindern diesen Hort zu bieten und Symbole der Unterdrückung von dort zu verbannen. Es darf daher nicht hingenommen werden, dass in Bildungseinrichtungen beschäftigtes Personal solche Symbole trägt.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen gemäß § 27 Absatz 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Gemeinderat nachfolgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat spricht sich

1. für umfassenden Kinder- und Frauenschutz und
2. für ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen und sonstiges Personal öffentlicher und nichtöffentlicher Bildungseinrichtungen aus.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

